

Frauenlöhne „Mickriges Gesetz“

Das Gesetz zur Lohngerechtigkeit hilft weniger Frauen als geplant. Lediglich rund 40 Prozent aller berufstätigen Frauen werden von der Regelung profitieren, wie nun aus einer Antwort des Familienministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervorgeht. Das im Januar vom Kabinett beschlossene Gesetz gibt Frauen unter anderem das Recht zu erfahren, was Kollegen in ähnlicher Position durchschnittlich verdienen. Frauen bekommen in Deutschland laut Statistischem Bundesamt im Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Wenn man

Faktoren wie eine andere Berufswahl und Teilzeit herausrechnet, bleibt immer noch eine Lücke von 7 Prozent. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) wollte den Auskunftsanspruch auch für kleine Unternehmen einführen, konnte dies in den Verhandlungen mit der Union aber nicht durchsetzen. Nun gilt der Anspruch in Firmen mit mehr als 200 Beschäftigten. „Schwesigs mickriges Gesetz wird als großer Wurf verkauft. Etwas mehr Transparenz für weniger als die Hälfte der berufstätigen Frauen hat mit echter Lohngerechtigkeit aber nichts zu tun“, kritisiert die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Katja Dörner. bs

Verteidigungsministerium McKinsey geht leer aus

Bei der Vergabe einer der bisher größten Beraterverträge der Bundesregierung geht der Branchenriese McKinsey leer aus. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will mit der Entscheidung offensichtlich politisch heiklen Interessenkonflikten aus dem Weg gehen. Nach ihrem Amtsantritt hatte sie die Topberaterin Katrin Suder als Rüstungsstaatssekretärin in ihr Ressort geholt, die zuvor Partnerin bei McKinsey war. Gemeinsam mit dem mittlerweile zu McKinsey zurückgekehrten Berater Grundbert Scherf hatte von der Leyen

vergangenes Jahr entschieden, zur besseren Kontrolle der pannenanfälligen Rüstungsprojekte der Bundeswehr ein rekordverdächtiges Beraterbudget von bis zu 250 Millionen Euro auszuschreiben. Auch McKinsey hatte sich für die lukrativen Aufträge beworben. Doch in der ersten Runde wurden Konkurrenten wie Ernst & Young und KPMG ausgewählt, McKinsey kommt nicht zum Zug. Die Verträge liegen derzeit beim Finanzressort. Bei grünem Licht muss der Haushaltsausschuss des Bundestags im Februar die Auswahl absegnen. Das Ministerium wollte die Details nicht kommentieren, da der Auswahlprozess noch läuft. gt, mgb

Landwirtschaft EU will Subventionen kürzen

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union schmälert das EU-Agrarbudget nach Angaben des Agrarkommissars Phil Hogan um drei Milliarden Euro pro Jahr. Bei der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sollen deshalb die Subventionen gekürzt werden, kündigte der Ire an. Künftig dürften vor allem Landwirte vom Geld aus Brüssel profitieren, die nach-



haltig produzieren. „Wir müssen mehr für die Umwelt und den Klimaschutz tun“, fordert Hogan. „Wenn Bauern direkte Subventionen bekommen wollen, müssen sie dabei helfen, mehr für das Gemeinwohl zu erreichen.“ Der EU-Kommissar will auch wieder einen Vorschlag auf die Agenda setzen, den die Bundesregierung bisher abgelehnt hatte: Größere Betriebe sollen deutlich weniger Subventionen bekommen. „Wir müssen Wege finden, mehr Geld an kleine und mittlere Höfe zu leiten“, so Hogan. csc

Fall Amri Kein V-Mann

Anis Amri, der Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz, war weder als V-Mann für das Bundeskriminalamt noch für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) oder den Bundesnachrichtendienst (BND) tätig. Dies erklärt das Bundesinnenministerium in einer schriftlichen Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag. Immer wieder war spekuliert worden, ob Amri, der früh ins Visier der Sicherheitsbehörden geraten war, für diese

auch ein bezahlter Zuträger gewesen sein könnte.

Zugleich macht die Antwort der Bundesregierung deutlich, dass der Verfassungsschutz in dem Fall eine größere Rolle spielte als bislang bekannt. Die Kölner Behörde wurde nicht nur über die Sitzungen im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum in Berlin über den Fall informiert, sondern seit dem 20. Januar 2016 immer wieder gezielt von einzelnen Behörden. So erhielt das BfV von den Polizeibehörden „Lichtbildmaterial“, Auswertungen von Telefondaten und Observa-

tionsberichte. Auch über die Besuche Amris in der Berliner Fussilet-Moschee wusste das Amt Bescheid. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übermittelte dem Verfassungsschutz Amris Asylakte und seine zahlreichen Alias-Namen. Warum Amri trotzdem nicht mit nachrichtendienstlichen Mitteln überwacht wurde, wollen die Grünen am 13. Februar in einer Sondersitzung des Innenausschusses von Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen wissen. „Trotz der dichten Informationen und Amris Gefährlich-

keit hat es keine konkreten Aktivitäten des Bundesamts für Verfassungsschutz gegeben, um ihn zu überwachen“, sagt die innenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic. „Die Rolle der Nachrichtendienste – auch des BND – bleibt obskur.“ Mihalics Fraktionskollege Konstantin von Notz sagt, es werde immer klarer, „dass die Bundesbehörden zwingend die Federführung an sich hätten ziehen müssen, um den größten dschihadistischen Anschlag in der Geschichte der Bundesrepublik zu verhindern“. jös, kno